

# Damit Helmut Kohl seine bewährte Politik fortsetzen kann

Aufruf des Bundesvorstandes  
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands  
zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am  
2. Dezember 1990 ist eine Schicksalswahl. Sie  
entscheidet über unsere gemeinsame Zukunft im  
vereinten Deutschland.

Auf diesem Weg in die Zukunft haben wir Deutschen große Herausforderungen zu bewältigen. Es geht darum, die Erblast des gescheiterten Sozialismus vollständig zu überwinden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den neuen Bundesländern fest zu verankern und gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. An der Schwelle zum geeinten Europa und angesichts weltweiter Veränderungen muß unser Land auch außenpolitisch auf einem stabilen Kurs bleiben. Nur so können die Deutschen einer gesicherten und glücklichen Zukunft entgegensehen.

Mit dem christlichen Menschenbild hat die CDU eine Wertorientierung, die gerade in einer Zeit großer Veränderungen unverzichtbar ist. Auf dieser festen Grundlage werden wir Bewährtes schützen und neue Perspektiven politischen Handelns entwickeln, um den Wandel in Freiheit zu bewältigen. So

(Fortsetzung auf Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

- **Bundesvorstand**  
Verzicht auf alle Vermögenswerte. Seite 4
- **Keine Steuererhöhung zur deutschen Einheit.** Seite 4
- **Gorbatschow-Besuch**  
Helmut Kohl: Wir befinden uns auf einem guten Weg. Seite 5
- **Haushalt**  
Grund zur Zuversicht / Prof. Karl Schiller kritisiert Genossen. Seite 9
- **Wohnungsmarkt**  
Unsere Wohnungsverorgung gehört zu den besten der Welt. Seite 13
- **Öffentlichkeitsarbeit**  
Jetzt Anzeigen schalten. Seite 21
- **Dokumentation**  
Frauenförderung in der Kommune. Grüner Teil



(Fortsetzung von Seite 1)

wird es uns auch gelingen, die Herausforderungen zu meistern, die sich aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in unserem Vaterland ebenso wie in den internationalen Beziehungen ergeben.

**II.** Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, hat unter allen Ländern des Kontinents die meisten Nachbarn. Gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zu den Völkern Europas sind die Grundlage für unsere Zukunft in Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit. Deutschland muß seinen Beitrag zur Stabilität in Europa und in der Welt leisten.

Es liegt in unserem eigenen Interesse, alles zu tun, um den demokratischen Wandel in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu unterstützen und auch dort eine freiheitliche Wirtschaftsordnung aufbauen zu helfen. Nach der Überwindung des kalten Krieges wollen wir jetzt die Chance wahrnehmen, daß die Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas Partner Deutschlands werden.

Insbesondere die großen Erfolge bei der Abrüstung setzen neue Kräfte frei für die großen internationalen Aufgaben der Zukunft. Es darf jetzt nicht zu einer Konfrontation zwischen Nord und Süd kommen — mit neuen Krisenherden und Konflikten. Hunger und Elend in der dritten Welt dürfen uns schon aus menschlicher Solidarität nicht gleichgültig lassen.

Zur gemeinsamen Verantwortung der Industrieländer gehört es auch, daß sie jetzt gemeinsam entscheidende Schritte unternehmen, um der weltweiten Gefährdung der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen zu begegnen. Deutschland muß auch in Zukunft treibende

Kraft beim internationalen Umweltschutz sein.

Helmut Kohl hat seit seinem Amtsantritt 1982 die europäische Einigung entscheidend vorangebracht. Er genießt Vertrauen in West und Ost. Er hat maßgeblichen Anteil an den Fortschritten bei Entspannung und Abrüstung. Er hat eine führende Rolle auf dem Weg zu einer weltumspannenden Umweltpartnerschaft übernommen. Helmut Kohl genießt weltweit Ansehen als verlässlicher Partner und Freund. Mit ihm bleibt Deutschland auch künftig auf einem außenpolitisch klaren und berechenbaren Kurs.

**III.** Mit Helmut Kohl wurde die deutsche Einheit verwirklicht. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat immer am Ziel der Einheit unbeirrt festgehalten, auch als andere diese längst aufgegeben hatten. Als sich die Chance zur Einheit bot, hat er sie entschlossen und konsequent genutzt. Es ist vor allem sein Verdienst, daß der Prozeß der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes weltweite Zustimmung fand. Als Kanzler der Einheit hat er eine historische Leistung vollbracht.

Die erfolgreiche Politik der Union hat in den westlichen Bundesländern zu einem andauernden Wirtschaftsaufschwung, zu einer Rekordzahl an Arbeitsplätzen und zu noch mehr sozialer Sicherheit geführt. Auf dieser Grundlage sind heute die Voraussetzungen besser denn je, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau der neuen Bundesländer rasch zu bewältigen. Die CDU ist der Garant dafür, daß es auch in den neuen Ländern innerhalb kurzer Zeit aufwärts gehen wird.

Die vor uns liegenden Aufgaben erfordern eine große Kraftanstrengung. Wenn wir jetzt solidarisch zusammenstehen und auf unsere eigene Kraft vertrauen, dann



werden auch unsere Kinder und Enkel in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und sozialer Geborgenheit sowie in einer gesunden Umwelt leben.

**IV.** Die Wähler entscheiden am 2. Dezember 1990 darüber, ob Deutschland im Inneren wie nach außen auf einem stabilen Kurs bleibt. Die Sozialdemokraten haben kein Konzept für Deutschland. Ihre Politik bedeutet: Steuer- und Abgabenerhöhungen, wirtschaftlichen Abstieg, ökologische Irrwege und Unberechenbarkeit in der Außenpolitik. Die Sozialdemokraten würden Deutschland — wie schon einmal — in eine tiefe Krise führen. Die SPD ist auch die Partei nicht eingehaltener Versprechen — zum Beispiel in der Familienpolitik. Sie hat in der Außen- und Deutschlandpolitik die Entwicklungen und die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit völlig falsch eingeschätzt. Sie hat in der Vergangenheit versagt, und sie ist unfähig, das vereinte Deutschland in eine gute Zukunft zu führen.

Die CDU hat immer wieder bewiesen, daß sie eine Partei für schwierige Zeiten ist, die Probleme mutig anpackt und meistert und auf die Verlaß ist. Mit der CDU, der Partei der Sozialen Marktwirtschaft, wird es gelingen, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage dafür, daß die Menschen in ganz Deutschland sich Wohlstand und soziale Sicherheit erarbeiten können. Die großen Sozialgesetze, die von den Unionsparteien durchgesetzt wurden, bieten allen in Deutschland ein Netz sozialer Sicherheit, das in der Welt vorbildlich ist.

CDU und CSU haben mehr für die Familien getan als alle anderen Parteien — allein in den letzten Jahren durch Verbesserung des Familienlastenausgleichs, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und Anerkennung von Erziehungsjahren im

Rentenrecht. Die Sicherung der Zukunft für Familien und Alleinerziehende mit Kindern bleibt eine vorrangige Aufgabe und Kernstück unserer Politik. Die Rentner können sich darauf verlassen, daß mit den Unionsparteien die Renten auch in Zukunft sicher sind. Wir werden weitere Verbesserungen für Pflegebedürftige durchsetzen. Jungen Menschen und Frauen wollen wir neue Perspektiven in der Ausbildung und im Beruf und neue Chancen für ihre Lebensgestaltung eröffnen.

In einer großen Kraftanstrengung haben wir seit 1982 beim Schutz der Umwelt unser Land an die Spitze in Europa gebracht. Mit der selben Kraftanstrengung werden wir die Umweltzerstörungen in den neuen Bundesländern beseitigen und alles tun, damit auch das geeinte Deutschland Vorreiter beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Europa und weltweit bleibt.

**V.** Noch ist die Wahl nicht entschieden. Damit Helmut Kohl seine bewährte Politik fortsetzen kann, braucht die CDU jede Stimme. Wer nicht wählen geht, überläßt es anderen, über seine Zukunft zu entscheiden.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf: Treffen Sie die beste Wahl: Geben Sie Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme der CDU. Gemeinsam werden wir es schaffen!

## Zitat

*„Freundschaft kann man nicht kommandieren, Freundschaft muß wachsen.“*

**Helmut Kohl zu den deutsch-polnischen Verhandlungen**



Beschluß des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands  
am 12. November 1990

## Verzicht auf alle Vermögenswerte

Die CDU hat erklärt, daß sie auf sämtliche Eigentumsrechte an Grundstücken und Gebäuden, Rechtsträgerschaften an Grundstücken und Gebäuden oder die damit verbundenen Rechte und Ansprüche, Rechte und Ansprüche aus Gesellschaftsrechten der Union Verwaltungsgesellschaft mbH in Gründung, in der sämtliche Wirtschaftsbetriebe sowie Ferienheime der ehemaligen CDU-Ost zusammengefaßt sind sowie auf alle sonstigen Rechte und Ansprüche verzichtet, die der Verwaltung der Treuhandanstalt bzw. der Unabhängigen Kommission zur Feststellung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR gemäß dem Einigungsvertrag (Anlage II, Abschnitt III) unterliegen.

Der Bundesvorstand der CDU bekräftigt die mehrmals von der CDU vertretene Auffassung, daß die genannten Vermögenswerte gemäß den Regelungen des Einigungsvertrages schnellstmöglich den früher Berechtigten rückübertragen oder gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden müssen.

Der CDU Bundesvorstand beauftragt und bevollmächtigt daher — unwiderfürlich — den Generalsekretär und den Bundesschatzmeister, in Abstimmung mit der Treuhandanstalt und der Unabhängigen Kommission alle zur Umsetzung dieses Verzichtes erforderlichen oder notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, Rechtshandlungen vorzunehmen, Erklärungen abzugeben sowie Rechtsgeschäfte abzuschließen.

## Keine Steuererhöhung zur deutschen Einheit

Der Bundesvorstand der CDU Deutschlands hat am Montag, 12. 11. 1990, einstimmig ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung folgende Erklärung beschlossen:

Wir sind entschlossen, die deutsche Einheit ohne Steuererhöhungen zu finanzieren.

Die Grundsätze unseres Finanzierungskonzeptes sind im Wahlprogramm der CDU zur gesamtdeutschen Bundestagswahl festgelegt. Der Bundesvorstand der CDU begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Eckwerte der künftigen Finanzpolitik noch vor der Bundestagswahl vorzulegen.

Im Wahlprogramm der CDU heißt es, unser Finanzierungskonzept beruht auf folgenden Grundsätzen:

■ Die Soziale Marktwirtschaft muß konsequent verwirklicht werden. Sie ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für ganz Deutschland. Mehr Investitionen und mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze bedeuten höhere Steuerentnahmen. Diese setzen wir weiterhin vorrangig zur Finanzierung der Aufgaben in den neuen Bundesländern ein.

■ Alle Ausgaben gehören auf den Prüfstand. Einen Teil der Investitionen in die Einheit unseres Vaterlandes können wir durch Einsparungen und Umschichtungen im Haushalt finanzieren. Dies wird dadurch erleichtert, daß die tei-



## Besuch Gorbatschows

# Auf einem guten Weg

Herr Präsident,  
wir haben uns hier im Palais Schaumburg  
zusammengefunden, um gemeinsam den  
Höhepunkt Ihres Besuchs zu erleben:  
Wir unterzeichnen den ersten politischen  
Grundsatzvertrag, den das geeinte  
Deutschland schließt,

**den Vertrag über gute Nachbarschaft,  
Partnerschaft und Zusammenarbeit  
zwischen der Bundesrepublik Deutsch-  
land und der Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken.**

Wir haben dafür einen würdigen Rahmen  
gewählt, der die Kontinuität unserer  
Beziehungen widerspiegelt. Hier in die-  
sem Raum stand bis Mitte der 1970er  
Jahre der Tisch des Bundeskabinetts.  
Hier wurde 1955 unter unserem ersten  
Bundeskanzler Konrad Adenauer die  
Aufnahme diplomatischer Beziehungen

lungsbedingten Kosten von jährlich rund  
40 Milliarden DM schrittweise abgebaut  
werden. Schon jetzt gehören die Milliar-  
den-Ausgaben für das Überwachungs-  
und Unterdrückungssystem von Stasi,  
Mauer und Stacheldraht der Vergangen-  
heit an.

■ Auch eine vorübergehend höhere Neu-  
verschuldung ist vertretbar. Denn mit  
Krediten werden vor allem Investitionen  
in die Infrastruktur der neuen Bundeslän-  
der finanziert. So schaffen wir dort die  
Voraussetzungen für den wirtschaftlichen  
Aufschwung.

■ Weitere Finanzierungsmöglichkeiten  
ergeben sich auch durch die Privatisie-  
rung von Unternehmen in öffentlicher  
Hand. ■

mit der Sowjetunion beschlossen und  
1970 unter Bundeskanzler Brandt der  
Moskauer Vertrag verabschiedet.

Der umfassende Vertrag, den wir jetzt  
unterzeichnen, verkörpert in dreifacher  
Weise unseren gemeinsamen politischen  
Willen:

1. Wir ziehen einen Schlußstrich unter  
die leidvollen Kapitel der Vergangenheit  
und machen den Weg frei für einen Neu-  
beginn. Dabei knüpfen wir an die guten  
Traditionen der jahrhundertelangen

***Erklärung von Bundeskanzler  
Helmut Kohl anlässlich der  
Unterzeichnung des Vertrages  
über gute Nachbarschaft,  
Partnerschaft und Zusammen-  
arbeit zwischen der Bundes-  
republik Deutschland und der  
Union der Sozialistischen  
Sowjetrepubliken in Bonn am  
9. November 1990***

gemeinsamen Geschichte unserer Völker  
an.

2. Wir eröffnen den Weg für eine umfas-  
sende Zusammenarbeit unserer Staaten  
und verleihen dadurch ihrem Verhältnis  
eine neue Qualität — im Interesse unse-  
rer Völker und im Interesse des Friedens  
in Europa.

3. Wir verständigen uns, gemeinsam den  
großen Herausforderungen, die sich  
heute und an der Schwelle zum dritten  
Jahrtausend stellen, gerecht zu werden:



■ Wir wollen jeden Krieg, ob nuklear oder konventionell, vermeiden und den Frieden wahren und gestalten.

■ Wir wollen den Vorrang des Völkerrechts in der inneren und internationalen Politik gewährleisten.

■ Wir wollen das Unsere dazu beitragen, das Überleben der Menschheit zu sichern und für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu sorgen.

■ Wir wollen nicht zuletzt den Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

Unser Vertrag setzt diese hohen Ziele in konkrete Verpflichtungen um:

■ zur Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa,

■ zum Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt,

■ zur friedlichen Konfliktlösung und zum Nichtangriff,

■ zu Abrüstung und Rüstungskontrolle und

■ zu intensiven, umfassenden Konsultationen.

Unsere wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit hat angesichts der Reformprozesse in Ihrem Land herausragende Bedeutung. Dies wird unterstrichen durch den ebenfalls heute zu unterzeichnenden

**Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik.**

Dieser Vertrag ist der völkerrechtliche Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland — als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft — der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird.

Auch für unsere Zusammenarbeit im Arbeits- und Sozialwesen wird heute eine neue vertragliche Grundlage geschaffen.

Herr Präsident, mit besonderer Befriedigung erfüllt es mich, daß unser umfassender Vertrag auch die Menschen — jeden einzelnen unserer Bürger — anspricht:

■ er eröffnet den Weg zu umfassender Begegnung, insbesondere der Jugend, und zu verstärktem kulturellen Austausch;

■ er ermöglicht es den sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität, ihre Sprache, Kultur und Tradition zu wahren und gibt uns die Chance, ihnen dabei zu helfen.

■ und nicht zuletzt erfüllt unser Vertrag das zutiefst menschliche Anliegen, Gräber der Toten, wo sie auch liegen, zu besuchen und zu pflegen.

So ist dieser Vertrag nicht nur eine umfassende Verständigung unserer Staaten und Regierungen, sondern auch Appell an alle unsere Bürger, ihren Beitrag zur Aussöhnung unserer Völker zu leisten.

Doch dieser Vertrag, Herr Präsident, geht nicht nur unsere Länder und Völker an. Nach der abschließenden Regelung in bezug auf Deutschland setzen wir damit einen weiteren Eckstein für die Friedensordnung in Europa.

Wir freuen uns über den gleichgerichteten Vertrag, den die Sowjetunion mit Frankreich soeben unterzeichnet hat, sowie über noch folgende Verträge mit anderen westeuropäischen Partnern.

In 10 Tagen werden wir auf dem Pariser KSZE-Gipfel weitere historische Dokumente unterzeichnen, die die Abrüstung und Vertrauensbildung europaweit voranbringen und übergreifende Sicherheitsstrukturen schaffen.

Kurzum: Wir sind auf gutem Wege zu einem Europa des Friedens, der guten Nachbarschaft und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

In diesem Geist, Herr Präsident, wollen wir diesen Vertrag unterzeichnen.



Alfred Dregger:

## Grundstein für Frieden in Europa gelegt

Mit der Unterzeichnung des Großen Vertrages zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und der Sowjetunion haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow einen weiteren Grundstein für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung in Europa gelegt. Auch die vorausgegangenen Gespräche des Bundeskanzlers mit dem polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki haben den europäischen Verständigungsprozeß vorangebracht.

Das wiedervereinigte Deutschland ist Verbündeter des Westens und bevorzugter Partner des Ostens. Das ist eine politische Konstellation, die Chancen für eine lange Periode friedlicher Zusammenarbeit zum Wohle aller Völker in Europa bietet. Wir werden weiterhin unseren Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leisten und erwarten auch von den anderen entsprechende Beiträge. Europas Zukunft ist ein Gemeinschaftswerk.

Wir danken allen, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben: unseren Verbündeten, vor allem dem amerikanischen Volk und seinem Präsidenten George Bush; aber auch in besonderer Weise der Sowjetunion und ihrem Präsidenten Gorbatschow.

### Pressestimmen

#### Große Hürde genommen

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben eine große Hürde genommen. Dies ist dem Kanzler zu verdanken, der dem polnischen Wunsch nach einem raschen Abschluß des Grenzvertrages so weit entgegengekommen

ist, daß er nicht nur einer Paraphierung, sondern sogar einer formellen Unterzeichnung durch die Außenminister noch im November, also vor der Bundestagswahl, zustimmte. Dies ist ein guter Beschluß.

Die Welt, 9. 11. 1990

#### Die Friedensgrenze

Danach gilt es, das Vertragswerk mit Leben zu erfüllen und über die Pflichten nicht die Rechte zu vergessen — jene Rechte etwa, welche die Deutschstämmigen in Polen beanspruchen können. Es wird nicht leicht sein, die aus der Geschichte herrührenden Spannungen schlagartig abzubauen. Die Machthaber der DDR haben die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ feiern lassen. Das war sie, weil von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufgezwungen, gewiß nicht. Nun muß sich zeigen, ob sie künftig solchem Namen Ehre machen wird: durchlässig für Menschen, Meinungen und guten Willen.

Rheinische Post, 9. 11. 1990

#### Zufriedene Gesichter

Es war ein guter Tag für die in diesem Jahr vielen Wechselbädern ausgesetzten deutsch-polnischen Beziehungen. Um die Vereinbarungen, die beide Seiten nun in Frankfurt an der Oder erzielten, mußte nicht gekämpft werden. Denn die Stolpersteine hatten Arbeitsgruppen bereits in den vergangenen Monaten aus dem Weg geräumt. In Warschau hat sich überdies inzwischen die Auffassung durchgesetzt, daß nur ein Kurs der engen Zusammenarbeit mit Bonn den Polen den Weg in die Europäische Gemeinschaft ermöglichen kann. Die Chancen für ein gedeihliches Nebeneinander sind also besser als jemals zuvor.

Süddeutsche Zeitung, 9. 11. 1990



## Noch ein schwerer Weg

*Doch bis zwischen Polen und Deutschen sich ein Verhältnis einstellt, wie es zwischen Franzosen und Deutschen schon lange besteht, ist noch ein langer und schwerer Weg zurückzulegen. Daß dieser Weg über die Versöhnung zur selbstverständlichen Freundschaftlichkeit hier viel mühsamer und gefährdeter ist, liegt vor allem daran, daß Deutsche und Polen sich viel tiefere Wunden zugefügt haben.*

Frankfurter Allgemeine Zeitung,  
9. 11. 1990

## Die neue Ostpolitik

*Die letzten drei Tage dieser Woche sind für die neue Ostpolitik des geeinten Deutschlands von erheblicher Bedeutung. Mit demonstrativer Diplomatie setzt die Bundesregierung eine Absichtserklärung in die Tat um: das Verhältnis zu den Staaten im Osten soll auf eine neue Basis gestellt werden. Bonn will Anwalt der Nachbarn im Osten sein. Diese neue Wortwahl signalisiert weitreichende Kooperationsbereitschaft.*

General-Anzeiger, Bonn, 9. 11. 1990

## Eine grundsätzliche und historische Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen

Zum Donnerstagtreffen Mazowiecki/Kohl schreibt die ZYCIE WARSZAWY, es bedeute eine grundsätzliche und historische Wende in den polnisch-deutschen Beziehungen. Die deutsche Seite habe alle polnischen Vorschläge über den Grenzvertrag gebilligt.

Das einzige Problem, das mit der Grenzfrage verknüpft bleibt, sei ihre breite Öffnung, damit sie zu einer Brücke werde, die die beiden Völker verbindet.

Der Beschluß Bonns, die Visapflicht aufzuheben, ermögliche eine volle und schnelle Entwicklung in diese Richtung.

## Zitat

### Der Verzicht der CDU

*In der Theorie stimmt es natürlich, was die SPD im Nachtrag zu der finanziellen Selbstoffenbarung der CDU jetzt behauptet: CDU-Generalsekretär Volker Rühe könne ja gar keine verbindliche Verzichtserklärung über die im Eigentum der ehemaligen Blockpartei Ost-CDU stehenden Immobilien abgeben. Die gehörten nämlich den Bezirks- oder Kreisverbänden der Partei, nicht der Zentrale.*

*Die öffentlich daran geknüpfte Unterstellung allerdings, hier handele es sich also um ein „bewußtes Täuschungsmanöver“, ist einigermaßen dümmlich. Daß Kreis- und Bezirksverbände politischer Parteien (also auch der SPD) auf dem Papier rechtlich unabhängige Körperschaften sind, weiß jedes Kind. Aber zu glauben, der Generalsekretär der CDU gebe eine solche Erklärung mit dem Hintergedanken ab, die Kreisverbände in der früheren DDR könnten hinterher ja dazu eine lange Nase machen und sich nicht daran gebunden fühlen, ist so weit weg von der Realität, daß selbst Wahlkampf als Entschuldigung nicht mehr ausreicht. Würde jemand der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs so etwas unterstellen, käme vermutlich von dort der Ruf nach dem Psychiater. Die Welt*

In ähnlichem Sinne kommentiert die regierungsnahen RZECZPOSPOLITA das Treffen des polnischen Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler. Im Kommentar heißt es, das Treffen in Frankfurt an der Oder und in Slubice habe gezeigt, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen grundsätzlich gebessert haben.



# Grund zur Zuversicht

**Seine Genossen scharf kritisiert hat der ehemalige SPD-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller anlässlich der Anhörung des Bundestags-Haushaltsausschusses über die „Belastungen durch die deutsche Einheit und ihre Finanzierung“:**

„So geht es nicht“, erklärte er zu der von der SPD geführten Diskussion über die sogenannten Kosten der Einheit. Nach der Währungsreform hätte kein Mensch gewagt, Milliardenbeträge zu addieren und sie zu multiplizieren.

Die Begriffe „Kosten“ und „Investitionen“ müßten auseinandergelassen werden, schrieb Prof. Dr. Karl Schiller seinen Genossen ins Stammbuch: Der größte Teil der Mittel „sind für mich Investitionen in Menschen und nicht einfach Kosten, die wir hier so betriebswirtschaftlich abschreiben“.

Die einzigen „Kosten“, die bei der deutschen Einheit entstehen, seien die Zinsen, die der Staat für zusätzliche öffentliche Schulden tragen muß. Bei der derzeit diskutierten Größenordnung für die öffentliche Neuverschuldung in 1991 wären dies etwa 13 Milliarden DM, die ohne größere Probleme durch die Kürzung bei den bisherigen Ausgaben für die Teilung Deutschlands aufzubringen seien.

Im übrigen erwartet Prof. Dr. Karl Schiller, der sagte, er hätte sicher so gehandelt wie Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel (dpa, 7. 11. 1990), eine Konjunkturlage in den neuen Bundesländern nicht erst im Sommer, sondern bereits im Frühjahr des nächsten Jahres.

**Andere Expertenstimmen:**

## Wirtschaftsaufschwung

● „Die Bundesrepublik wird in diesem Jahr vor allem durch die Wachstumsef-

fekte aus der ehemaligen DDR (vor allem im Konsumgüterbereich) wieder ein reales Wirtschaftswachstum von etwa 4 Prozent erreichen. Dieses Wachstumstempo kann nach unserer Auffassung auch 1991 etwa anhalten. Allerdings wird es für Gesamtdeutschland durch ein Minus im ehemaligen DDR-Gebiet abgeschwächt werden. Im Jahresverlauf 1991 sollte aber auch dort ein Wachstumsprozeß einsetzen und günstige Voraussetzungen für die

**Expertenmeinungen anlässlich der Anhörung des Bundestags-Haushaltsausschusses über die „Belastungen durch die deutsche Einheit und ihre Finanzierung“**

Wirtschaftstätigkeit in 1992 schaffen.“ (Deutscher Sparkassen- und Giroverband)

● „Die Produktivität der Investitionen in der ehemaligen DDR wird stark steigen. (...) Dieser Prozeß wird sich durch die gesamte deutsche Wirtschaft ziehen, so daß die neuen Bundesländer schon bald einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtdeutschlands leisten werden.“ (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken)

● „Nach einer Umfrage des Ifo-Instituts (...) wollen viele Firmen noch 1990 und vermehrt 1991 nicht nur ihren Vertrieb ausweiten, sondern auch Produktionsstätten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR übernehmen oder neu bauen.“ (Deutscher Sparkassen- und Giroverband)



● „Die deutsche Vereinigung dürfte die Investitionsdynamik zusätzlich positiv beeinflussen und den Aufschwung verlängern.“ (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken)

● „(...) hat für die ostdeutsche Wirtschaft eine Phase grundlegender Neuorientierung begonnen, die zunächst erhebliche Umstellungsprobleme mit sich bringt. (...) Sie sind das Resultat von 40 Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik, nicht einer verfehlten Strategie von heute.“ (Bundesverband deutscher Banken)

● „Die deutsche Einheit wird auf Dauer in allen Teilen der Bundesrepublik zu nachhaltigen Wachstums- und Wohlstandseffekten führen.“ (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)

● „Für das nächste Jahr ist mit einem kräftigen Investitionsprozeß in Ostdeutschland zu rechnen.“ (Bundesverband der Deutschen Industrie)

## Arbeitsplätze

● „Auch für die Arbeitnehmer in Ostdeutschland werden nach und nach neue sichere Arbeitsplätze entstehen und damit die Chance zu mehr materiellem Wohlstand.“ (Deutscher Sparkassen- und Giroverband)

● „In diesem und im nächsten Jahr werden aber immer noch rund 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.“ (Institut für Weltwirtschaft)

● „Zugleich bleiben die Unternehmen auf der Suche nach Personal: 41,2 Prozent der Befragten wollen zusätzliche Mitarbeiter einstellen (...).“ (Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand)

● „Mittelfristig wird dagegen mit hohen Investitionen, neuen Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum auch im Osten gerechnet.“ (Bundesanstalt für Arbeit)

## Finanzierung

● „Auf mittlere Sicht können Einsparungen von etwa 20 Milliarden DM pro Jahr realisiert werden. Zunächst kann (...) der Verteidigungshaushalt spürbar entlastet werden. Wird der Personalstand wie geplant gekürzt (um ein Viertel auf 370.000 Soldaten), so ergibt sich im Personalbereich ein Einsparpotential von 5 bis 6 Milliarden DM, unter Berücksichtigung der Sachausgaben eines von reichlich 10 Milliarden DM pro Jahr. Mit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze ist auch die ökonomische Begründung für die Berlin- und Zonenrandförderung entfallen; die Aufwendungen hierfür betragen etwa 12 Milliarden DM jährlich.“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

● „In Westdeutschland wäre es außerdem vertretbar (und im Hinblick auf die hohen Baupreissteigerungen dringend erwünscht), daß bei den öffentlichen Investitionen, vor allem beim Hochbau, eine Weile kürzergetreten würde. (...)

Ein Beitrag zur Eindämmung der Neuverschuldung und damit der Zinslasten könnte dadurch geleistet werden, daß die Privatisierung nicht nur in Ostdeutschland zügig erfolgt, sondern daß auch im bisherigen Bundesgebiet die Privatisierung des noch immer ansehnlichen staatlichen Vermögens stärker vorangetrieben wird.“ (Deutsche Bundesbank)

● „Wirtschaftswachstum und daraus folgend Steuermehreinnahmen sind die wichtigsten Finanzierungsquellen für die durch die Einheit vermehrten Ausgaben. (...) Der Wachstumsgewinn durch die Vereinigung wird in den nächsten Jahren jedoch spürbar zunehmen, insbesondere sobald in den östlichen Bundesländern die erste schwierige Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft abgeschlossen ist.“ (Deutscher Industrie- und Handelstag)



- „Einsparungsmöglichkeiten sind in erheblichem Umfang vorhanden. So belaufen sich die teilungsbedingten Ausgaben der öffentlichen Haushalte auf rund 40 Milliarden DM pro Jahr, auch 130 Milliarden DM Subventionen bieten erheblichen Spielraum für Kürzungen. (...) Die bisherige Beteiligung der alten Bundesländer an den Finanzierungsaufgaben in Ostdeutschland ist nicht ausreichend.“ (Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken)
- „Es handelt sich um Investitionen in die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunft Ostdeutschlands, deren Erträge in einem nicht geringen Umfang auch dem Westen zugutekommen werden.“ (Bundesverband deutscher Banken)
- (...) erscheint es notwendig, daß neben dem Bund auch die West-Länder und -Gemeinden in angemessenem Umfang an der Finanzierung der vereinigungsbedingten Aufwendungen beteiligt werden. (...) Der bisher vorgesehene Finanzierungsanteil der Länder und Gemeinden erscheint indessen nicht ausreichend.“ (Bund der Steuerzahler)
- „Geht man davon aus, daß das Brutto-sozialprodukt in Westdeutschland im kommenden Jahr infolge des ostdeutschen Nachfrageschubs um 1½ Prozentpunkte höher als ohne diesen Impuls ausfällt, dann können (...) die Mehreinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen anfänglich auf rund 15 Milliarden DM veranschlagt werden.“ (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsfor-schung)
- „Zusätzliche Mittel werden frei durch die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe, in den neuen fünf Bundesländern ebenso wie in den alten. (...) Hierunter fällt auch, daß zahlreiche Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel der Bau und der Betrieb von Kläranlagen oder Straßenbaumaßnahmen gar

nicht erst von der öffentlichen Hand finanziert werden, sondern sofort eine Finanzierung durch Private erfolgt.“

(Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand)

- „Zur Vermeidung der Erhebung von Mautgebühren ist bei der privaten Finanzierung und Betreibung von Autobahnen ein Leasingmodell vorstellbar, bei dem der Staat die Straßen von privaten Investoren anmietet und die Ausgaben hierfür aus dem Sondersteueraufkommen des Kraftverkehrs (Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer) deckt.“ (Bundesverband der Deutschen Industrie)

## Keine Steuererhöhungen

- „Trotz hoher Budgetdefizite: Steuererhöhungen unnötig.“ (Institut für Weltwirtschaft)
- „Es wäre töricht, das Wachstum als Finanzierungsgrundlage durch Steuererhöhungen zu gefährden.“ (Deutscher Industrie- und Handelstag)
- „Steuererhöhungen würden sicherlich den Druck auf Ausgabeneinsparungen schwächen und sollten — wenn überhaupt — nur als allerletztes Mittel in Betracht gezogen werden.“ (Deutsche Bundesbank)
- „(...) falsch, die öffentlichen Aufwendungen für die deutsche Einheit durch Steuererhöhungen zu finanzieren.“ (Bund der Steuerzahler)
- „Schon im Frühjahrsgutachten haben wir uns mit dieser Frage auseinandergesetzt und uns gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Wir halten diese Position nach wie vor aufrecht, obwohl sich nun für dieses und für das nächste Jahr deutlich höhere Staatsdefizite abzeichnen.“ (Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute, Herbstgutachten 1990)
- „Die Ablehnung von Steuererhöhungen zur Finanzierung der Ausgaben für



die deutsche Einheit ist im ganzen logisch begründet.“ (Prof. Dr. Karl Schiller)

## Schulden / Zinsen

● „Die staatliche Kreditaufnahme wird auf 3 bis 4 Prozent des nominalen Brutto-sozialprodukts steigen. (...) keineswegs eine Größenordnung, die von vornherein als problematisch erscheinen muß. 1975 und 1981 waren sie noch höher.“ (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

● „Die nationalen und internationalen Kapitalmärkte sind jedoch ergiebig und flexibel genug, um diesen Anforderungen begegnen zu können. Allein die laufende Ersparnis der privaten Haushalte in der Bundesrepublik beläuft sich auf mehr als 200 Milliarden DM pro Jahr. (...)“

Wenn die privaten Investoren in Ostdeutschland ihre am Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel rentabel einsetzen und die öffentlichen Haushalte eine solide Finanzpolitik betreiben, (...) besteht auch kein Anlaß für höhere Zinsen als Folge der deutschen Einigung. Generell ist zu bedenken, daß der langfristige Zins in der Bundesrepublik wesentlich von der Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten bestimmt wird. (...)

Die deutliche Zunahme des Defizits ist (...) gerechtfertigt. (...) Die öffentlichen Haushalte befinden sich nach jahrelangen Konsolidierungsbemühungen in einer gesunden Verfassung (...). Die Verschuldungsquote (Anteil der Staatsverschuldung am Bruttosozialprodukt) ist eine der niedrigsten unter den westlichen Industrieländern. (...)

Eine Ausweitung der öffentlichen Defizite auch in der Größenordnung, wie sie derzeit ansteht, kann durchaus über den Kapitalmarkt finanziert werden, ohne daß deshalb die Zinsen weiter steigen müssen.“ (Bundesverband deutscher Banken)

## Zitat

*„Der hat das meiste richtig gemacht.“*

**Helmut Schmidt in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag“, 11. November 1990, über seinen Nachfolger im Amt des Bundeskanzlers.**

Im gleichen Gespräch sagte Schmidt über den Kanzlerkandidaten der SPD:

*„Zu Herrn Lafontaine will ich mich nicht äußern. Doch stelle ich mir vor, daß Willy Brandt, ich und Herbert Wehner genauso für die deutsche Sozialdemokratie stehen, auch für die heutige, wie einige, die im Augenblick das große Wort führen.“*

● „Der jüngste Anstieg der Kapitalmarktzinsen geht dagegen weitgehend zu Lasten der internationalen Entwicklung.“ (Bundesverband der Deutschen Industrie)

## Preise

● „Eine Preisniveauerhöhung als Folge der deutschen Einheit ist bisher nicht zu beobachten und auch nicht zu befürchten, wenn die Bundesbank ihren stabilitätspolitischen Kurs fortsetzt.“ (Deutscher Industrie- und Handelstag)

● „Eine zusätzliche Inflationsgefahr durch den Nachfragesog aus den neuen Bundesländern ist nicht zu erwarten.“ (Bundesverband der Deutschen Industrie)

## Fazit:

Die deutsche Einheit ist das beste Programm für mehr Wohlstand und mehr Arbeitsplätze in ganz Deutschland.



Dieter Kansy:

# Unsere Wohnungsversorgung gehört zu den besten der Welt

**Angebot und Nachfrage befinden sich auf den Wohnungsmärkten selten im Gleichgewicht; lange Planungs- und Fertigstellungszeiten und hohe Vorhaltekosten erschweren schnelle Reaktionen auf Marktveränderungen. Zyklische Schwankungen, mal als „(neue) Wohnungsnot“ oder „Wohnungshalden“ gekennzeichnet, hat es deshalb auch in der sozial-liberalen Regierungszeit immer gegeben. Unabhängig davon hat die Wohnungsversorgung in Westdeutschland einen Stand erworben, der mit „zu den besten in der Welt“ (Sachverständigenrat) gehört.**

Die Bestandsaufnahme der Volkszählung 1987 zeigt:

■ Je Person standen 35,5 m<sup>2</sup> bzw. knapp zwei Räume zur Verfügung, das ist deutlich mehr als 1968 (23,8 m<sup>2</sup> bzw. 1,38 Räume). Diese Entwicklung wird auch bei Mietwohnungen (Anstieg von 22,5 auf 33 m<sup>2</sup>) deutlich. Anders ausgedrückt: In den 20 Jahren zwischen den beiden Volkszählungen stieg die Zahl der Wohnungen um 32 Prozent, die der Personen aber nur um 7 Prozent.

■ Der Anteil alter Bausubstanz (vor 1949 errichteter Gebäude) ist wesentlich zurückgegangen (von 53 auf 33 Prozent). Ganz erhebliche Qualitätsverbesserungen wurden erzielt. 73 Prozent der Wohnungen waren mit Sammelheizung, Bad/Dusche und WC ausgestattet (1968 waren es erst 30 Prozent), nur noch 1 Prozent (1968: rund 17 Prozent) verfügte nicht über diese sanitäre Ausstattung.

■ Die je Haushalt in Mietwohnungen

durchschnittlich gezahlte Miete betrug 456 DM bzw. 6,87 DM je m<sup>2</sup>; rund 80 Prozent der Haushalte zahlten eine Miete unter 600 DM, rund 43 Prozent weniger als 400 DM.

Dieses statistische Fazit hat auch im Lebensgefühl westdeutscher Bürger seine Bestätigung gefunden: Noch im Herbst 1989 befanden 29 Prozent der Befragten ihre persönliche Wohnsituation als sehr gut, 51 Prozent als gut, nur 1 Prozent als schlecht.

**Zur SPD-Behauptung**, bei der selbstgenutzten Wohneigentumsbildung seien keine Fortschritte erzielt worden: Die Wohneigentumsquote (1987: 39,3 Prozent) ist von vielen Faktoren abhängig und kein Maßstab für Ernsthaftigkeit politischer Zielorientierungen. Andernfalls müßte die SPD ihre eigene Politik in NRW (33 Prozent), Hamburg (17 Prozent), Bremen (33 Prozent) für gescheitert erklären. Für Familien mit Kindern ist die Wohneigentumsquote in den 80er Jahren weiter gestiegen (auf etwa 48 Prozent), Familien mit 3 Kindern leben schon zu 70 Prozent in den eigenen vier Wänden.

**Zur SPD-Behauptung**, die „neue Wohnungsnot“ sei hausgemacht und vermeidbar gewesen: Wohnungen sind nicht nur ein Sozialgut, sondern auch ein teures Investitionsgut. Das Überangebot an Wohnungen Mitte der 80er Jahre, von der Wissenschaft damals als langfristige Bedarfssättigung gedeutet, hat zu einem gleichgerichteten Verhalten freier Marktkräfte wie von Bund, Ländern und Gemeinden geführt — zurückgehende



Investitionsbereitschaft, Abbau der staatlichen Direktförderung, Zurückhaltung bei der Baulandausweisung für Wohnzwecke. Die Wohnungswirtschaft muß ihre Bruttoinvestitionen von über 100 Mrd. DM jährlich in hohem Maße fremdfinanzieren, bauen auf veränderte Zukunftserwartungen wäre für sie zu risikoreich. Einer Bundesregierung, die sich anders verhalten würde, wäre Verschwendung von Steuergeldern vorgehalten worden. So haben sich Bund und Länder zum Beispiel bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus verhalten:

|              | 1982 | 1988 | Rückgang<br>in Mrd. DM |
|--------------|------|------|------------------------|
| Bundesmitten | 1,54 | 0,45 | um 1,09                |
| Ländermitten | 7,84 | 3,26 | um 4,58                |

## Der Wohnungsbau-Aufschwung wurde erreicht

Die Bundesregierung hat Mitte der Legislaturperiode, als die Anspannungen auf den Wohnungsmärkten deutlich wurden, mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert und die Wohnungsbautätigkeit aus ihrer Talfahrt bis 1988 in eine neue Aufschwungphase übergeleitet.

Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau wurden von 0,45 Mrd. DM (1988) über 1,05 Mrd. DM (1989) auf 2 Mrd. DM in diesem Jahr aufgestockt; für 1991 sind 2,2 Mrd. vorgesehen. Zur Förderung des Studentenwohnungsbaus wurde in diesem Jahr erstmals ein Zuschußprogramm (0,3 Mrd. Bundesmittel) geschaffen.

Im Mietwohnungsbau wurden die Abschreibungsbedingungen durch Verkürzung des Abschreibungszeitraums (auf 40 Jahre) und Anhebung der Abschreibungssätze verbessert. Zusätzliche steuerliche Anreize wurden geschaffen, um vorhandene Gebäudeflächen

durch Aus- und Umbau Wohnungszwecken zuzuführen. Besonders hohe Abschreibungssätze wurden für neue Mietwohnungen eingeführt, die an einkommensschwächere Personen mindestens 10 Jahre lang vermietet werden. Die Befristung der steuerlichen Förderung von Baudenkmalern wurde abgeschafft.

Alternativ zu steuerlichen Anreizen wurde der rasche Aus- und Umbau aus dem Gebäudebestand, vor allem durch Dachgeschloßausbau, durch Zinsverbilligungen angeregt. Allein durch dieses mehrmals, zuletzt auf 4 Mrd. DM, aufgestockte Programm können **80 000 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden**. Ein Bausparzwischenfinanzierungsprogramm wurde speziell für Eigenheimerwerber aufgelegt.

Ebenso wichtig wie die Förderung des Wohnungsneubaus (die staatlichen Hilfen dürften in diesem Jahr auf insgesamt 25 Mrd. DM anwachsen) war die Flankierung dieser Angebotspolitik (mehr Wohnungen sind der beste Mieterschutz) durch eine planungs- und baurechtliche Mobilisierung (unser Wohnungsbau-Erleichterungsgesetz) wie durch sozial gezielte Hilfen (2 Wohngelderhöhungen, Erschwerung von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen, Bremsung des Mietpreisanstiegs bei Sozialwohnungen nach vorzeitiger Ablösung öffentlicher Mittel).

## Diese politischen Signale lösten einen beeindruckenden Wohnungsbauaufschwung aus

Die Wohnungsbaugenehmigungen stiegen im vergangenen Jahr um 30 Prozent, im Mehr-Familien-Haus-Bereich sogar um über 60 Prozent; im ersten Halbjahr 1990 legten die Steigerungsraten mit über 50 bzw. 90 Prozent noch weiter zu. Im Rahmen der bauwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten schlägt sich dies auch



in den Fertigstellungszahlen nieder: 214 000 Wohnungen in 1988 — 238 000 in 1989 — 310 000 in 1990 erwartet (DIW). Auch im sozialen Wohnungsbau ist die Trendwende signifikant: Nach 39 000 geförderten Wohnungen in 1988 eine Steigerung um über 70 Prozent auf 68 000 in 1989 und knapp 110 000 in diesem Jahr.

**Die SPD behauptet**, es würden nicht wirklich „echte“ Sozialwohnungen gefördert. Sie attackiert damit den sogenannten 3. Förderungsweg („vereinbarte Förderung“), der erstmals 1989 angewandt wurde. Auf diese Förderung entfiel nur ein Viertel der Bewilligungen. Der Vorteil dieses Instruments ist die Flexibilität in der Durchsetzung von Miet- und Belegungsbindungen, Probleme der Fehlsubventionierung und -förderung werden verringert, es können mehr Sozialwohnungen gebaut werden.

**Die SPD behauptet**, der Bund müsse noch mehr für den sozialen Wohnungsbau tun.

Der Wohnungsbau liegt nach unserer Verfassung in den Händen der Länder, der Bund gewährt lediglich Finanzhilfen. Insgesamt werden Bund und Länder in diesem Jahr über 8 Mrd. DM Fördermittel zur Verfügung stellen. In der Opposition tut sich die SPD leicht, immer die Nase um ein paar Milliarden DM vorn zu haben; ihre Landesregierungen propagieren den steilen Aufstieg in der Bautätigkeit als großen Erfolg, auf Bundesebene wird das Erreichte als unzulänglich kritisiert — unter völliger Außerachtlassung volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Konjunkturforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten: „Die westdeutsche Baukonjunktur scheint auf eine konjunkturelle Überhitzungsphase zuzusteuern“).

**Die SPD behauptet**, der Wohnungsfehlbedarf sei bis heute noch weiter angestiegen. Das ist unbestritten. Zum Zeitpunkt

der Volkszählung 1987 bestand ein geringfügiger Fehlbestand. Seitdem ist die Einwohnerzahl im alten Bundesgebiet um fast 2½ Millionen Personen gestiegen. Zuwanderungen sind weder ursächlich noch allein bestimmend für Versorgungsdefizite, verändern aber wesentlich die zeitlichen Perspektiven für die Marktentlastung durch Wohnungsbau. Deshalb müssen politische Zielorientierungen von Zeit zu Zeit fortgeschrieben werden. Die Bundesregierung hat sich zunächst den Bau von einer Million neuer Wohnungen innerhalb von drei Jahren zum Ziel gesetzt. Im Wahlprogramm der CDU wird der Neubau von zwei Millionen Wohnungen in ganz Deutschland für die nächste Wahlperiode angestrebt, davon 1,6 Mio. in den alten Bundesländern.

## Das wohnungspolitische Profil der Union in der Koalition

In seiner Regierungserklärung von 1983 stellte Helmut Kohl klar: „Sozialer Wohnungsbau wie Wohngeld gehören zur Idee der sozialen Marktwirtschaft.“ Die Unionsfraktion hat deshalb auch die soziale Wohnungsbauförderung verstärkt zur Beseitigung der Wohnungsversorgungsengpässe eingesetzt, oftmals gegen den Widerstand des Koalitionspartners. Der soziale Wohnungsbau ist teuer geworden, aber die von der FDP im Frühjahr 1989 geforderten Systemkorrekturen hätten Irritationen über die Berechenbarkeit des finanziellen Engagements des Bundes hervorgerufen. Im Wahlprogramm setzt sich die CDU deshalb für eine Verstetigung des sozialen Wohnungsbaus auch in den nächsten vier Jahren ein.

Nach einer langen Phase relativ niedriger Mietpreissteigerungen zogen die Mieten seit 1989 wieder stärker an, vor allem in Ballungsgebieten. Wohngelderhöhungen waren deshalb die passende und gezielte



Antwort. Die Einführung der 6. Mietstufe zum Jahresanfang brachte für etwa 90 000 Wohngeldempfänger ein um 10 bis 20 DM monatlich erhöhtes Wohngeld; die Unionsfraktion setzte sich auch mit ihrer Absicht durch, bereits zum 1. 10. 1990 die allgemeine Wohngeldanhebung um durchschnittlich 14 Prozent vorzunehmen. Im Wahlprogramm sagt die CDU auch in Zukunft regelmäßige Anpassungen des Wohngeldes an die Mietentwicklung zu.

Gegen Ende der Legislaturperiode wurde die Notwendigkeit verstärkt diskutiert, angesichts der sich beschleunigenden Mietpreissteigerungen die soziale Schutzfunktion des Mietrechts zu stärken. Die FDP hat sich selbst moderaten Eingriffen in das Mietpreisrecht verweigert. Im Wahlprogramm sagt die CDU eine Fortführung des Überprüfungsprozesses zu und legt drei Eckwerte fest: Keine Abschreckung privater Investoren — zeitliche Befristung — Begrenzung auf Ballungsgebiete, in denen die Wohnraumversorgung zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist.

Aus ihrer ordnungspolitischen Tradition heraus ist für die Union die private Wohneigentumsbildung ein besonderes Anliegen. Im Wahlprogramm verspricht die CDU eine Überprüfung der staatlichen Förderungshilfen mit dem Ziel, diese insbesondere für Familien mit geringerem Einkommen zu verbessern.

## Wohnungspolitische Aufgaben in den neuen Bundesländern

Angesichts der maroden Bausubstanz in den neuen Bundesländern — allein der dadurch bedingte Leerstand wird auf über 700 000 Wohnungen geschätzt — werden Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen auf Jahre im Vordergrund stehen müssen. Dafür war Voraussetzung, daß die Modernisierungsko-

sten wie im ehemaligen Bundesgebiet bis zu 11 Prozent jährlich auf die Mieten umgelegt werden können, ebenso erhebliche Instandsetzungen (bedarf einer noch zu erlassenden Verordnung). Investitions-hilfe bietet ein durch die Bundesregierung aufgelegtes Zinsverbilligungsprogramm in Höhe von 10 Mrd. DM an. Durch ein besonderes finanzielles Engagement wurde die Fertigstellung und Finanzierung bereits begonnener Wohnungsbauprojekte sichergestellt.

Aber auch beim Neubau haben die neuen Bundesländer Nachholbedarf. Im Wahlprogramm strebt die CDU den Bau von 100 000 Wohnungen jährlich an. Mit der Übernahme unseres an den örtlichen Vergleichsmieten orientierten Systems für den frei finanzierten Neubau, der Bau-sparförderung mit besonderen Vergünstigungen und den steuerlichen Begünstigungen sind die wichtigsten Grundlagen für private Investitionen geschaffen. Bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes 1991 wird über die Höhe der Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau zu entscheiden sein.

**Die SPD behauptet**, wegen der deutschen Einheit plane die Bundesregierung, ihre Finanzhilfen im nächsten Jahr beim sozialen Wohnungsbau (2,2 Mrd. DM geplant) und bei der Stadt- und Dorferneuerung (660 Mio. DM) für die alten Bundesländer zu kürzen. Sie begründet dies damit, daß im 3. Nachtragshaushalt 90 Verpflichtungsermächtigungen nur in 50prozentiger Höhe der zunächst geplanten Mittel eingesetzt wurden. Dies ist eine bewußt falsche Auslegung der Tatsache, erklärtermaßen für das kommende Halbjahr den Ländern ihre Programmplanungen zu ermöglichen. Bundesbauministerin Hasselfeldt: Sozialer Wohnungsbau und Städtebauförderung sind „keine Manövriermasse zur Finanzierung der deutschen Einheit“.



## CDU/CSU fordert Enteignung der PDS

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besteht auf der restlosen Enteignung der PDS. Deren Vermögen ist der Ertrag von Unrecht. Und Unrecht muß wiedergutmacht werden. Dies gilt auch für die Geldverschiebereien der letzten Monate in vermutlich Milliardenhöhe zugunsten von Parteigenossen im eigenen Land und über Auslandskonten. Diese Vorgänge müssen aufgeklärt und zurückabgewickelt werden.

Geld und Vermögen der früheren Ostparteien darf in der Politik des vereinigten Deutschlands nicht eingesetzt werden. Alle diese Mittel müssen für soziale, humanitäre und caritative Aufgaben sowie den Wiederaufbau in den neuen

Durch den im Einigungsvertrag erteilten Auftrag an die Kommunen, den ihnen überlassenen „volkseigenen“ Wohnungsbestand zu privatisieren, d. h. weitgehend einer selbständigen unternehmerischen Wohnungswirtschaft zu übertragen, wird die staatliche Wohnraumlentung und -bewirtschaftung abgeschafft. Beim Wohnungsbestand sind die weitgehend staatlich subventionierten Mieten zunächst preisgebunden geblieben. Die Bundesregierung wurde im Einigungsvertrag jedoch ermächtigt, die Grundmiete schrittweise unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern anzuheben, wobei die Einführung des Wohngeldes bereits zum 1. Januar erfolgt. In dieser Übergangsphase wird jedoch noch auf die öffentlichen Hände notgedrungen eine erhebliche Subventionslast zukommen. Dies muß bei der Entwicklung einer integrierten gesamtdeutschen Wohnungspolitik bedacht werden.

Bundesländern Verwendung finden, stellt **Johannes Gerster**, Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest. ■

## Rommel mit mehr als 70 Prozent wiedergewählt

Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) ist am Sonntag, 5. November 1990, erneut wiedergewählt worden. Bei der Direktwahl erhielt er nach dem vorläufigen Endergebnis 71,7 Prozent der Stimmen und damit mehr als bei seiner ersten Wiederwahl im Jahr 1982 mit 69,8 Prozent.

## Rechtzeitig bestellen

Bestellen Sie rechtzeitig Ihr Material für den Schlußspurt Ihres Wahlkampfes. Zwar wird das IS-Versandzentrum alle Bestellungen auch in der letzten Woche schnellstmöglich abwickeln, aber für Bestellungen, die nach dem 26. November eingehen, können wir leider keine rechtzeitige Zustellung mehr garantieren.

Ein wichtiger Hinweis für alle, die ihr Material selbst abholen: Bitte geben Sie Ihre Bestellung unbedingt am Vortage per Fax oder Telefon durch, damit alles rechtzeitig für die Abholung vorbereitet werden kann. Hier noch einmal die Anschrift:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**  
**Fax: (05423) 15321**  
**Tel.: (05423) 15277**

**Die Abholung erfolgt dann bei Bertelsmann-Distribution-GmbH Herzebrock**  
**Quenhorner Straße 11**  
**4836 Herzebrock**

und zwar ist die Abholung in der Zeit von 7.00 Uhr bis 12.00 Uhr und von 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr möglich.



## GATT-Verhandlungen:

# Bundesregierung steht hinter den Landwirten

Bei der Vorbereitung der EG-Länder auf die GATT-Verhandlungen hat die Bundesregierung viel für die deutschen Landwirte erreicht. Sie hat verhindert, daß der ursprüngliche Vorschlag der EG-Kommission, der vor allem einen Abbau der Agrarstützungsmaßnahmen um 30 Prozent ohne Einkommensausgleich vorsah, in die GATT-Verhandlungen eingebracht wird. Außer der Bundesrepublik, Frankreich und Irland waren alle anderen EG-Länder bereit, diesen Vorschlag aufzugreifen. Das hätte für die deutschen Landwirte zu erheblichen Einkommenseinbußen geführt.

Es ist richtig: Nicht alles, was wünschenswert gewesen wäre, konnte erreicht werden. Aber: Es mußte ein Kompromiß gefunden werden, weil es zwingend notwendig ist, daß die EG mit einer einheitlichen Position in die GATT-Verhandlungen geht.

Bei diesen GATT-Verhandlungen geht es nicht nur um Fragen der Landwirtschaft, sondern vor allem um die Sicherung eines freien Welthandels. Dieser ist für die Bundesrepublik Deutschland, in dem etwa jeder dritte Arbeitsplatz und damit ein erheblicher Teil unseres Wohlstandes vom Export abhängt, von größter Bedeutung.

**Das konnte Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle durchsetzen:**

1. Es ist erreicht worden, daß die deutschen Landwirte einen Einkommensausgleich erhalten. Die Bundesregierung wird den nationalen Spielraum für erforderliche Ausgleichsmaßnahmen voll aus-

schöpfen. Die entsprechenden nationalen Mittel werden bereitgestellt werden.

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß sich die EG maßgeblich an der Finanzierung beteiligt.

2. Es wurde durchgesetzt, daß beim Abbau der Agrarstützungsmaßnahmen die Vorleistungen seit 1986, durch die rund die Hälfte des Abbaus bereits erbracht ist, anerkannt werden.

3. Erreicht wurde auch, daß die EG-Kommission ein umfassendes Programm zur Existenzsicherung der Landwirte vorlegen wird, das folgende Kernelemente erhält: produktionsneutrale Einkommensbeihilfen, Intensivierung des EG-weiten Flächenstillegungsprogramms, verstärkte Förderung nachwachsender Rohstoffe und Beibehaltung der bisherigen Förderungsmaßnahmen für benachteiligte Gebiete.

4. Die EG-Kommission muß bei den GATT-Verhandlungen einen ausreichenden Außenschutz für die Landwirtschaft in Europa sichern; die Maßnahmen zur Mengenrückführung dürfen nicht durch zusätzliche Importe unterlaufen werden. Außerdem ist die EG-Kommission beauftragt, durchzusetzen, daß die Einfuhr von Getreideersatzstoffen und Ölsaaten begrenzt wird.

## Schulgeld gilt künftig als Sonderausgabe

Schulgeld für private Schulen kann ab 1991 zu 30 Prozent als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden. Dies haben Bundestag und Bundesrat beschlossen.



# SPD-„Weihnachtssteueraktion“ stellt Tatsachen auf den Kopf

In ihrem SPD-Flugblatt „Weihnachten fällt 1990 kleiner aus“, stellt die SPD die Tatsachen auf den Kopf, erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Michael Glos:

## Richtig ist:

● Die Steuerreform schafft den Weihnachts-Freibetrag nicht ersatzlos ab. Vielmehr wurde ein Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 2.000 DM eingeführt. In diesen Pauschbetrag sind der frühere Weihnachts-Freibetrag von 600 DM, der Arbeitnehmer-Freibetrag von 480 DM und der Werbungskosten-Pauschbetrag von 564 DM aufgegangen. Dies ist eine steuervereinfachende Regelung. Rund 75 Prozent der Arbeitnehmer brauchen ihre Werbungskosten nicht mehr gesondert zu ermitteln und dem Finanzamt nachzuweisen.

● Das Lohn- und Einkommensteuersystem ist ein Jahressteuersystem. Für Steuervergleiche ist demzufolge die Jahressteuer entscheidend. Bei diesem — richtigen — Tarifvergleich schneiden alle Arbeitnehmer 1990 besser ab als 1989. Denn der Steuertarif wurde für alle Steuerzahler spürbar gesenkt. Allein die Anhebung des Grundfreibetrags um 864 DM auf 5.616 DM bringt für kleine und mittlere Einkommen in jedem Fall eine größere Steuerentlastung als ein Weihnachts-Freibetrag von 600 DM.

● Der neue Steuertarif ist somit sozial gerecht. Dies zeigt auch folgendes: Je geringer das Einkommen, desto höher ist die prozentuale Lohnsteuerersparnis. Mehr als eine halbe Million Arbeitneh-

mer mit geringem Einkommen wurden 1990 ganz aus der Steuerpflicht entlassen.

● Zwar trifft es zu, daß die anteilige Lohnsteuerbelastung für das Weihnachtsgeld 1990 bei einem Teil der Arbeitnehmer gegenüber 1989 höher ausfallen kann. Das hängt aber mit der grundlegenden Umstrukturierung des Lohnsteuertarifs zusammen. Die allermeisten Arbeitnehmer erhalten aber auch im „Weihnachtsgeldmonat“ 1990 mehr Geld als 1989. So hat ein Arbeitnehmer, der als Vater von zwei Kindern im Monat brutto 3.000 DM verdient, im „Weihnachtsgeldmonat“ 1990 netto 85 DM mehr als vor einem Jahr. Im ganzen Jahr 1990 zahlt er 1.234 DM weniger Steuern.

Im übrigen befindet sich die SPD mit ihrer Forderung nach einem Weihnachts-Freibetrag von 600 DM in einem unauf lösbaren Widerspruch:

● Mit einem Weihnachts-Freibetrag würden vor allem die sog. Besserverdienenden entlastet: Der Generaldirektor mit einem Steuersatz von 50 Prozent um 300 DM, seine Putzhilfe mit einem Steuersatz von 20 Prozent nur um 120 DM. Gesamter Steuerausfall: 3,3 Mrd. DM.

● Mit der von Herrn Lafontaine im SPD-Programm durchgesetzten Ergänzungsabgabe soll das Gegenteil erreicht werden: Die sog. Besserverdienenden sollen zusätzlich um Milliardenbeträge geschröpft werden.

**Als Fazit bleibt festzuhalten: Die SPD-Steuerpolitik erweist sich wieder einmal als widersprüchlich, unsozial und finanzpolitisch unausgegoren. Die SPD-„Weihnachtssteuer-Aktion“ ist nichts als reine Wahlpropaganda.**



# Deutschland am Wochenende

## Die aktuelle politische Information im Wahlkampf

Eines unserer wichtigsten Instrumente im Bundestagswahlkampf '90 wird auch diesmal wieder „Deutschland am Wochenende“ sein — unsere aktuelle Wochenzeitung. Sie erscheint in zwei Ausgaben:

- **Ausgabe 1 am 16. November** (bereits verteilt)
- **Ausgabe 2 am 30. November**

Diese letzte Ausgabe kurz vor der Wahl wird uns die Möglichkeit geben, aktuell und kurzfristig auf politische Ereignisse und Trends zu reagieren.

„Deutschland am Wochenende“ ist die bewährte Mischung aus aktueller politischer Information und Berichten aus Sport und Unterhaltung. Aktuelle Meldungen und Berichte sind für „Deutschland am Wochenende“ eine Selbstverständlichkeit.

Doch Leser wollen auch wissen, was bei ihnen in der Region und im Land geschieht, deswegen ist „Deutschland am Wochenende“ regional unterteilt. Natürlich kommt auch der CDU-Bundestagskandidat zu Wort. Die beste Zeitung nützt nichts, wenn sie nicht verteilt wird. Deswegen die Bitte an alle Mitglieder und Freunde: „Helft mit bei der Vertei-

lung“ — damit unser Bundeskanzler Helmut Kohl auch nach dem 2. Dezember seine bewährte Politik fortführen kann.

Übrigens auch in den fünf neuen Ländern gibt es je eine regionalisierte CDU-Zeitung zum Verteilen an alle Haushalte, die „Zeitung zur Wahl“. Die CDU wird bis zum letzten Tag um jede Stimme kämpfen.

Wichtig: Weisen sie alle Mitbürger, die am 2. Dezember nicht zum Wahllokal gehen können, rechtzeitig auf die Möglichkeit der Briefwahl hin, damit uns keine Stimme verlorengeht.

### Darauf sollten Sie achten!

## Unsere Wahlspots in ARD und ZDF

ARD und ZDF haben der CDU inzwischen die Sendetermine für die Wahlwerbespots zur Bundestagswahl verbindlich bekanntgegeben.

Im ARD-Programm sind die Wahlspots der CDU an folgenden Tagen zu sehen:

Samstag, 17. 11. 1990, ca. 18.57 Uhr  
 Dienstag, 20. 11. 1990, ca. 20.15 Uhr  
 Freitag, 23. 11. 1990, ca. 23.00 Uhr  
 Montag, 26. 11. 1990, ca. 21.05 Uhr  
 Freitag, 30. 11. 1990, ca. 21.40 Uhr

Das ZDF hat nachstehende Sendetermine zur Verfügung gestellt:

Samstag, 17. 11. 1990, ca. 22.10 Uhr  
 Samstag, 24. 11. 1990, ca. 22.10 Uhr  
 Freitag, 30. 11. 1990, ca. 19.21 Uhr



## Jetzt Anzeigen schalten

Mit den folgenden Texten können Sie in Ihrer lokalen Zeitung mit einer Anzeige für die erfolgreiche Politik der CDU werben oder sich mit unserem politischen Gegner auseinandersetzen. Unser Vorschlag: Damit der Absender deutlich wird, einfach das CDU-Logo mit an die Zeitung geben. Repreureife Druckvorlagen haben alle Kreisgeschäftsstellen bereits erhalten.

Über 50 Prozent der Arbeiter in den neuen Bundesländern haben bei den Landtagswahlen CDU gewählt.

Sie wußten warum. Mit der CDU läuft die Wirtschaft, entstehen neue Arbeitsplätze, steigen die Einkommen und bleibt die soziale Sicherheit garantiert.

CDU

Die CDU hat die Bürger allein im zurückliegenden Jahr um 50 Milliarden Mark steuerlich entlastet.

Das hätte es mit der SPD nie gegeben.

CDU

1983 und 1987 habe ich Helmut Kohl gewählt. Jetzt erst recht.

CDU

Vergleichen Sie:

1982: gab es kein einziges schadstoffarmes Auto. Die SPD redete über Umweltschutz. Die CDU hat gehandelt.

Heute: 90 Prozent aller neu zugelassenen Autos fahren mit Kat. Wir haben die strengsten Umweltgesetze in Europa.

CDU tut der Umwelt gut.

Ich wähle Helmut Kohl, weil ich gestern Oskar Lafontaine gehört habe.

Lafontaine freut sich nicht über die Einheit. Und dieser Mann will Kanzler werden?

CDU

48 Steuer- und Abgabepläne haben SPD-Politiker in den letzten Jahren vorgelegt.

Jetzt will sie Benzin um 50 Pfennig teurer machen.

Was darf's denn morgen sein, „teure“ SPD?

CDU

1987 habe ich SPD gewählt. Tut mir leid.

CDU

Wählen gehen.

Das geeinte Deutschland kann sich einen Fehlstart mit den Sozialdemokraten nicht leisten.

CDU

Wählen ist...

Weichen für die Zukunft stellen.

CDU

Der Neue weg — Der Alte bleibt

CDU

Wählen gehen.

Am 2. Dezember geht es um Ihre Zukunft. Wahlmuffel sind Wahlhelfer der SPD.

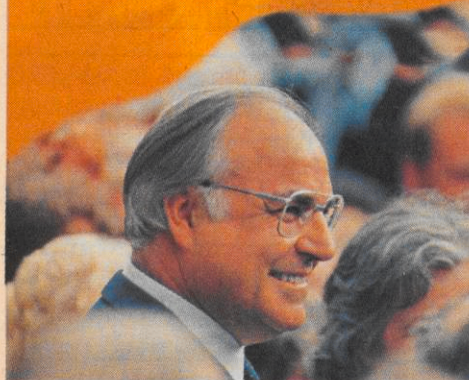
CDU

Für Ihre Zukunft ist das Beste gerade gut genug.

CDU



# Jetzt brief- wählen!



## ● Briefwahlprospekt

Bestell-Nr.: 2370  
Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro Verpackungseinheit: 12,30 DM.

## ● Flugblatt

„Warum es mit der SPD nicht geht“  
DIN A3

Bestell-Nr.: 1369  
Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro Verpackungseinheit: 12,50 DM

## Neu im Angebot:

### Ja zu Deutschland- Ja zur Zukunft

Wahlprogramm der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands zur  
gesamtdutschen  
Bundestagswahl  
am 2. Dezember 1990



## ● Das Wahlprogramm

Bestell-Nr.: 5368  
Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Verpackungseinheit: 20,- DM

## Plakat-Überkleber

### ● „Wir danken für Ihr Vertrauen“

(auf grünem Papier,  
42,5 × 15 cm)

Bestell-Nr. 8196  
Mindestabnahme:  
500 Exemplare  
Preis pro Verpackungseinheit: 30,- DM



# Für den Bundestagswahlkampf '90

## Plakate

● **Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv I, DIN A0**  
 Bestell-Nr. 7330  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

● **Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv II, DIN A1 (Abb. letzte Seite)**  
 Bestell-Nr. 7351  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **Helmut Kohl, Kanzler für Deutschland, Motiv II, DIN A0**  
 Bestell-Nr. 7352  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

● **Slogan-Plakat „Gemeinsam schaffen wir's“, DIN A1**  
 Bestell-Nr. 7353  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **Slogan-Plakat „Gemeinsam schaffen wir's“, DIN A0**  
 Bestell-Nr. 7354  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

● **„Touch the future, die Jungen in der Union“, DIN A1**  
 Bestell-Nr. 7336  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM

● **Slogan-Plakat „Wählen gehen!“ DIN A1 (Abb. letzte Seite)**  
 Bestell-Nr.: 8375  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **Slogan-Plakat „Wählen gehen!“ DIN A0**  
 Bestell-Nr.: 8374  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 27,50 DM

## Rahmenplakate

● **Rahmenplakat „CDU“, DIN A1**  
 Bestell-Nr. 8001  
 Mindestabnahme: 100 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 26,— DM

● **Rahmenplakat „CDU“, DIN A0**  
 Bestell-Nr. 8000  
 Mindestabnahme: 100 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 46,— DM

● **Rahmenplakat „Touch the future, die Jungen in der Union“, DIN A1**  
 Bestell-Nr. 8337  
 Mindestabnahme: 50 Exemplare  
 Preis pro Verpackungseinheit: 25,— DM

---

Bestellungen beim  
**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**

Alle Preise verstehen sich inklusive Versand zuzüglich Mehrwertsteuer.

---



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

## Für den Bundestags-Wahlkampf '90

# Kanzler für Deutschland



# CDU

Freiheit  
Wohlstand  
Sicherheit



(siehe auch Seite 23)

# Wählen gehen!

Beide Stimmen für die CDU  
Zweitstimme  
ist  
Kanzlerstimme

~~CDU~~ ~~CDU~~ **CDU**

# UiD

37/90

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.